



## **Hauptausschuß**

53. Sitzung (nicht öffentlich)

9. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.35 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Stenograph: Simona Roeßgen, Otto Schrader (Federführung)

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/3972  
Vorlage 12/2824

Der Ausschuß stimmt dem durch den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1999 geänderten Einzelplan 01 in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung einstimmig zu.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200  
Vorlage 12/2833

Der Ausschuß hört zu den ihn tangierenden Bereichen des Haushaltsplanentwurfs 2000 (Einzelpläne 02, 05 und 01) einführende Berichte.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

**3 Europäisches Zentrum für Medienkompetenz (EZfM) in Marl**

**Hier: Gesellschafterstruktur**

Einem Bericht des Chefs der Staatskanzlei schließen sich Fragen aus dem Ausschuß an.

(Diskussionsprotokoll Seite 8)

**4 Konzeption der Landesregierung für landesweites öffentlich-rechtliches und privates Fernsehen mit regionalen/lokalen Fenstern in Nordrhein-Westfalen**

Der Chef der Staatskanzlei gibt eine Stellungnahme ab und beantwortet Fragen der CDU-Fraktion.

(Diskussionsprotokoll Seite 12)

**Außerhalb der Tagesordnung**

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende informiert den Ausschuß über ein von ihm an die Deutsche Telekom gerichtetes Schreiben im Zusammenhang mit dem Besuch des Ausschusses der Internationalen Funkausstellung in Berlin.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 13)

**Stellvertretender Vorsitzender Werner Jostmeier** stellt, diesen Komplex abschließend, fest, daß niemand die Vorlage 12/2824 zum Antrag erhebe.

**Lothar Hegemann (CDU)** fragt die Landtagsverwaltung, ob der Einzelplan 01 über die in der letzten Sitzung thematisierte Änderung hinaus weitere Änderungen enthalte.

**Ministerialdirigent Welz (Landtagsverwaltung)** verneint.

Ergebnis siehe Beschlußteil, Seite 1.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200  
Vorlage 12/2833

**Stellvertretender Vorsitzender Werner Jostmeier** stellt zum Stand des Verfahrens einleitend fest, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung durch Beschluß des Landtages vom 1. September 1999 an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen worden sei, den Unterausschuß "Personal" an der Beratung der Haushaltsansätze zu beteiligen. Zwischen den Fraktionen sei vereinbart worden, den Häusern während der laufenden Sitzung Gelegenheit zu geben, die Pläne kurz vorzustellen. In den weiteren Sitzungen solle beraten werden.

Nach dem vorliegenden Terminplan des Haushalts- und Finanzausschusses habe der Hauptausschuß seine Beratung so rechtzeitig durchzuführen, daß das Ergebnis der Beratung bis zum 26. November 1999 im Büro des Haushalts- und Finanzausschusses vorliegen könne. Daraus ergäben sich für den Hauptausschuß folgende Beratungstermine des Haushaltsgesetzes 2000: am 23. September, am 21. Oktober und - je nach Bedarf - am 11. November 1999. Die Beratungen sollten in der Sitzung am 25. November 1999 mit Abstimmung abgeschlossen werden.

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei****Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Adamowitsch trägt vor:**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 12. August 1999 hat der Ministerpräsident an den Präsidenten des Landtags den Erläuterungsband zum Einzelplan 02 übersandt. Ich möchte mich bei meiner Darstellung des Haushalts auf einige Schwerpunkte beschränken.

Im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr sieht der Entwurf des Einzelplans 02 für das Jahr 2000 eine Reduzierung um 5,1 % vor. Die für dieses Jahr veranschlagten Mittel betragen 220,6 Millionen DM. Für das nächste Jahr sind 207,8 Millionen DM vorgesehen.

Wesentliche Gründe für die Einsparung sind zum einen Mindereinnahmen, die sich durch den Wegfall der einmaligen Ausgaben für den Ausbau und Bezug des "Stadttors" in Düsseldorf ergeben haben, zum anderen Mehrausgaben für den Neubau der Landesvertretung in Berlin - Frau Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski wird Ihnen dazu gleich weitere Erläuterungen geben - und aufgrund der um 4,9 Millionen DM erhöhten Zuschüsse an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, DIE, und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, DSE. Ich glaube, daß wir mit der Verlegung dieser beiden renommierten Einrichtungen von Berlin nach Bonn großen Erfolg gehabt haben. So wird die neue Rolle der Bundesstadt Bonn als "centre of international cooperation" ganz erheblich gestärkt.

Auf die einzelnen Bereiche des Einzelplans 02 verteilen sich die veranschlagten Ausgaben wie folgt:

- Für das "Stammhaus" sind 26,5% des Einzelplans 02 veranschlagt; das sind 55,1 Millionen DM und damit 37 % weniger als im Vorjahr.
- Für den Bereich Medien und Telekommunikation sind ebenfalls 26,5 % veranschlagt; das sind 56,6 Millionen DM, also ein Rückgang um 2 %.
- Die Landesvertretungen Bonn, Brüssel und Berlin sind mit 15 % des Einzelplans 02 veranschlagt; das sind 31,3 Millionen DM und damit 105 % mehr als im Vorjahr, was insbesondere mit dem Neubau der Landesvertretung in Berlin zusammenhängt.
- Für die Bereiche "Internationale Zusammenarbeit" und "Eine-Welt-Politik" sind 12 % veranschlagt; das sind 23,6 Millionen DM, eine Veränderung von plus 6 %.
- Für "Allgemeine Bewilligungen und Sonstiges" haben wir 7,5 % des Einzelplans 02 veranschlagt; das sind 9,6 Millionen DM und damit 20 % mehr als im Vorjahr.
- Für die Institute des Wissenschaftszentrums sind 12,5 % veranschlagt; das sind 25,9 Millionen DM bei einer Steigerung von 5 %.

Wegen der Wahlen im nächsten Jahr lege ich Wert darauf, deutlich zu machen, daß die Etats für "Öffentlichkeitsarbeit", "Wissenschaftliche Beratung" usw. keine Mehrausgaben enthalten.

Mehrausgaben in diesen Bereichen würden die politische Diskussion erschweren, da man vermuten könnte, die Landesregierung setze sie aus wahlkampfaktischen Gründen an.

Für Gutachten und Forschungsaufträge werden 20 % weniger als im Vorjahr veranschlagt. Im Entwurf des Einzelplans 02 sind dafür 850.000 DM vorgesehen. Den Ansatz für Aushilfskräfte haben wir um 25 % reduziert. Für das Jahr 2000 werden demnach 257.400 DM veranschlagt. Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Landespresse- und Informationsamtes bleiben mit 3,6 Millionen DM konstant.

Zur Personalentwicklung: Durch die Realisierung von kw-Vermerken sind im Einzelplan 02 12 Stellen weniger ausgewiesen. Der laufende Haushalt 1999 enthält bereits 13 Stellen weniger als der von 1998. Für das Jahr 2000 sind 487 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen. Für 1999 waren es 502.

Im Bereich "Medien und Telekommunikation", der ein wichtiger Schwerpunkt in unseren Ressorttätigkeiten ist, konzentrieren wir uns besonders darauf, die Aus- und Fortbildung junger Menschen im Medienbereich sowie die Film- und Fernsehinfrastruktur im Land durch zahlreiche Initiativen, Institutionen und Foren weiter zu fördern.

Eine große Herausforderung stellt der digitale Rundfunk dar, für den wir neue Projekte erarbeiten. Die Entwicklung digitaler Techniken verläuft rasant. Das gilt auch für die terrestrischen Übertragungswege bei Fernsehen und Hörfunk. Es ist daher notwendig, Impulse für die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu geben.

Des Weiteren konzipieren wir eine Fernsehmesse in Köln. Ihnen ist bekannt, daß wir dafür Herrn Professor Thoma gewinnen können. Wir sind sicher, daß wir eine Fernsehmesse für den Handel mit TV-Programmen nach internationalem Vorbild und mit entsprechendem Standard etablieren können. Eine solche Messe würde in Deutschland neue Akzente setzen und einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen leisten.

**Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski (Staatskanzlei) berichtet:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Über den Neubau der Landesvertretung in Berlin haben wir Sie ständig unterrichtet. Zur Zeit planen wir noch. Wir gehen davon aus, daß der Grundstein im April oder Mai des nächsten Jahres gelegt wird.

Morgen ziehen wir in die Bremische Landesvertretung, die am selben Tag eröffnet wird. Dort haben wir vorübergehend zehn Räume angemietet.

Mittlerweile sitzen fünf unserer Mitarbeiter in Berlin. Die anderen, die noch bis zum Sommer nächsten Jahres ihren Dienstsitz in Bonn haben, müssen in den kommenden Monaten ständig zwischen Bonn und Berlin pendeln. Das muß auch ich; ich war gerade zwei Tage in Berlin. Die Pendelei erschwert die Arbeit. Wir hoffen aber, daß wir trotzdem auch weiterhin erfolgreich für das Land arbeiten können.

**Roland Appel (GRÜNE)** erkundigt sich, ob die Vereinbarungen für den Umzug der Mitarbeiter der Landesvertretung analog denen des Bundestages seien.

**StS'in Dörrhöfer-Tucholski (StK)** antwortet, daß die Vereinbarungen für die Mitarbeiter der Landesvertretung schlechter als die des Bundestages seien. Der nordrhein-westfälische Finanzminister, aber auch andere Landesfinanzminister hätten sich geweigert, die Vereinbarungen des Bundes zu übernehmen.

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung**  
**Kapitel 05 081 - Landeszentrale für politische Bildung**

**Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Wichert** erstattet Bericht:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung in Kapitel 05 081 ist Ihnen mit Erläuterungen zugegangen. Er ist im wesentlichen ein Überrollhaushalt, so daß Sie davon ausgehen können, daß die Kernaufgaben der politischen Bildung nach wie vor gesichert sind. Einzig im Bereich der Zuwendungen an Stiftungen und anerkannte Einrichtungen der politischen Weiterbildung mußten - der allgemeinen Haushalts-situation Rechnung tragend - die Ansätze um 20,5 % gekürzt werden. Ich denke aber, daß sich mit diesen Ansätzen - wenn auch mit Ach und Krach - ebenfalls ein vernünftiger Beitrag zur Konsolidierung in der Übergangsphase der Evaluation der Weiterbildungslandschaft leisten läßt.

**Reinhard Grätz (SPD)** merkt an, daß unter den bisherigen Bedingungen einzelne Einrichtungen gefährdet seien, wenn 2,4 Millionen DM nicht mehr zur Verfügung stünden. Er müsse allerdings zugeben, daß sich die Gefahr für die Einrichtungen relativiere, wenn die Konditionen der noch zu verabschiedenden Novelle des Weiterbildungsgesetzes gelten würden, nach denen es höhere Personalkostenzuschüsse gebe.

**Einzelplan 01 - Landtag**

**MD Welz (Landtagsverwaltung)** trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Neben dem eigentlichen Haushaltsplanentwurf haben wir Ihnen einen Erläuterungsband vorgelegt, der eine allgemeine Einführung in den Einzelplan 01 enthält, darüber hinaus auch eine Übersicht über die Einnahmen- und Ausgabenstrukturen in der Entwicklung der letzten Jahre und insbesondere zu jedem einzelnen Titel ausführliche Erläuterungen.

Der Etat des Landtags wird als einziger Einzelplan, bereits bevor er in den Landtag eingebracht wird, von einem parlamentarischen Gremium, nämlich dem Präsidium, beraten. Dieses hat sich in zwei Sitzungen intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf beschäftigt und ihn im Juni einstimmig festgestellt.

Das Gesamtvolumen des Einzelplans 01 beträgt 161 Millionen DM und steigt gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 8,5 % oder 12,7 Millionen DM. Die Steigerungsrate ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir in den Jahren zuvor durchweg negative Veränderungs-raten hatten. Außerdem bitte ich zu berücksichtigen, daß im Haushaltsjahr 2000 die nächste Landtagswahl stattfindet und in Wahljahren stets wahlbedingte Sonderausgaben entstehen.

Die Personalausgaben, die sowohl die Ausgaben für die Mitarbeiter der Abgeordneten, die Abgeordneten selber und die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung enthalten, steigen um 11,1 Millionen DM. Von dem gesamten Steigerungsbetrag in Höhe von 12,7 Millionen DM entfallen also 11,1 Millionen DM auf Personalausgaben, die eine Steigerung von 11,4 % aufweisen.

Eine weitere bemerkenswerte Steigerungsrate, nämlich 80 %, weisen die Investitionsausgaben auf. Absolut handelt es sich aber nur um 1,3 Millionen DM.

Die Steigerung der Personalausgaben, die durch die Landtagswahl bedingt ist, ergibt sich im wesentlichen aus einer notwendigen Anhebung der Übergangsgelder für die Abgeordneten, einer Vorsorge für mögliche Versorgungsabfindungen und aus zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Überschneidung der Wahlperioden. Die jetzige Wahlperiode läuft bis Ende Juni 2000. Solange haben die Abgeordneten der 12. Wahlperiode Anspruch auf Diäten, die neugewählten Abgeordneten von dem Tag an, an dem sie ihre Wahl annehmen. Darüber hinaus sind auch lineare Anhebungen bei den Abgeordnetentiteln berücksichtigt. Der Gesamtkomplex macht 9,3 Millionen DM aus.

Die linearen Erhöhungen, die wir bei den drei Ausgabebetiteln für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Landtagsverwaltung erwarten, erfordern eine Anhebung um 1,8 Millionen DM. Die Ausstattung der neuen Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode mit PCs macht weitere 1,2 Millionen DM notwendig.

Zum Stellenplan: Im Saldo konnten zwei Stellen eingespart werden. Bei den Beamten ergeben sich keine Veränderungen, weder Stellenzugänge noch Stellenabgänge noch Veränderungen in der Bewertung. Bei den Angestellten haben wir einen Zugang zu verzeichnen, der durch Umwandlung einer Arbeiterstelle gespeist wird. Bei den Angestellten realisieren wir aber auch einen kw-Vermerk, so daß der Stellenbestand konstant bleibt. Im Angestelltenbereich sind drei Stellenhebungen aufgrund von Arbeitsplatzbewertungen erforderlich. Bei den Arbeitern werden zwei Stellen eingespart, zum einen die Stelle, die in eine Angestelltenstelle umgewandelt wird, zum anderen die Realisierung eines kw-Vermerks beim Reinigungsdienst.

Wir haben nach wie vor acht Stellen für Auszubildende eingerichtet. Zur Zeit sind alle Auszubildendenstellen besetzt. Nach den Erläuterungen im Haushaltsplan des laufenden Haushaltsjahres sind noch drei Ausbildungsstellen als solche für Verwaltungsfachangestellte ausgewiesen. Da die Nachfrage nach diesem Berufsbild zurückgeht, haben wir durch eine Veränderung im Haushaltsplanentwurf die Möglichkeit geschaffen, diese drei Stellen auch mit gewerblichen Auszubildenden zu besetzen.

Stolz sind wir auch auf unsere Ausbildungsleistungen, was unentgeltliche Praktika anbetrifft. Im Haushaltsjahr 1998 haben 42 Praktikanten die Landtagsverwaltung durchlaufen. Dabei handelte es sich um Schülerpraktika, Rechtspraktika, Bibliothekspraktika und sonstige Praktika beispielsweise im Pressebereich. Was Praktikantenstellen angeht, sind wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sehr entgegenkommend. Ich meine, auch das verdient einmal Erwähnung.

**Stellvertretender Vorsitzender Werner Jostmeier** bittet um eine vergleichende Aufstellung der Kosten im Zusammenhang mit dem Übergang von der 11. auf die 12. Wahlperiode und der veranschlagten Kosten, den Übergang von der 12. auf die 13. Legislaturperiode betreffend.

**MD Welz (Landtagsverwaltung)** sagt dies zu.

### **3 Europäisches Zentrum für Medienkompetenz (EZfM) in Marl**

#### **Hier: Gesellschafterstruktur**

**Stellvertretender Vorsitzender Werner Jostmeier** stellt voran, mit Schreiben vom 24. August habe die CDU-Fraktion um einen Bericht zur Gesellschafterstruktur des Europäischen Zentrums für Medienkompetenz gebeten. Nach dem mit der Einladung zugesandten Schreiben der CDU-Fraktion solle der Treuhänder, der 43,75 % der Geschäftsanteile gehalten habe, diese sukzessive an weitere Gesellschafter der GmbH abgetreten haben. Die CDU-Fraktion wolle wissen, wie sich die Gesellschafteranteile derzeit verteilen. Außerdem interessiere sie, in welcher Größenordnung das Medienkompetenzzentrum Aufträge von privater Seite angeworben habe.

**CdS StS Adamowitsch** bestätigt eine Neuentwicklung in der Gesellschafterstruktur. Neuer Gesellschafter des ECMC werde die VTG Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH. Wie ihm der Geschäftsführer mitgeteilt habe, werde der Geschäftsanteilsübertragungsvertrag noch in diesem Monat beurkundet.

Der Treuhänder halte dann insgesamt noch 35.000 von 160.000 DM Stammkapital. Das entspreche einem Anteil von 22 %. Nach Aussagen des ECMC seien weitere Unternehmen interessiert, Geschäftsanteile zu übernehmen, so daß davon auszugehen sei, daß der Treuhänderanteil weiter sinke.

Wenn die Beurkundung stattgefunden habe, seien neben dem DGB und dem Treuhänder Gesellschafter des ECMC: das Land Nordrhein-Westfalen, der WDR, die Landesanstalt für Rundfunk, das Europäische Medieninstitut, die Stadt Marl, die Siemens AG, die RTL Televi-